

## **Haushaltsberatung 2024 in der Preetzer Stadtvertretung am 12.12.23**

Das vorrangige Ziel kommunaler Haushaltspolitik ist das Aufstellen und Umsetzen eines ausgeglichenen Haushaltes.

Vereinfacht: Die Einnahmen decken die Ausgaben.

Von dieser Zielsetzung muss sich die Stadt Preetz für 2024 und die Folgejahre endgültig verabschieden! (Zu den Ursachen siehe letzte Ausgabe des Stadtmagazins).

Die Haushaltsberatungen 2024 starteten mit einem geplanten Defizit von 3,92 Mill. €. Nach intensiven Beratungen zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung konnte dieses Defizit auf knapp unter 3 Mill. (genauer: 2.940.100 €) reduziert werden.

Die vorgesehenen Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen wurden durch Beschluss der SV um insgesamt 17,5 Mill. € verringert. Voraussetzung für diese Verringerung ist der Verzicht auf die Umsetzung des aktuellen Konzeptes für die OGTS und die Sanierung der Alten Wilhelminenhalle.

Gemeinsam mit CDU und Grünen hat die BGP eine Anhebung der Steuersätze (Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer) beantragt. Einmal um die Einnahmeseite zu verbessern und um die Voraussetzung dafür zu schaffen, Fehlbedarfszuweisungen beim Land beantragen zu können, deren Bewilligung bestimmte Mindeststeuersätze voraussetzt. Diese haben wir jetzt!

Die Kritik der anderen politischen Gruppierungen an diesem Beschluss (14 ja 11 nein) ist legitim, doch inhaltlich substanzlos:

Alternativvorschläge wurden nicht gemacht, weder zur Einnahmeverbesserung noch zur Ausgabenreduzierung. Das reicht leider nicht aus, um ernst genommen zu werden.

Das Haushaltsjahr 2024 und die Folgejahre werden die Stadtvertretung (jetzt: Ratsversammlung), noch vor weitere schwerwiegende finanzielle Entscheidungen stellen.

Dies den Bürgerinnen und Bürgern nachvollziehbar zu vermitteln, ist Aufgabe der gesamten Stadtvertretung/Ratsversammlung.

(Fragen, Kritik und Anregungen ausdrücklich erwünscht: [jfroehl@t-online.de](mailto:jfroehl@t-online.de))

Jörg Fröhlich, (BGP-Fraktionsvorsitzender)